

# Merseburger Kreisblatt

**Abonnementspreis:** Vierteljährlich bei den Ausgabern 1,20 Mk., in den Ausgabellen 1 Mk., beim Postbezug 1,50 Mk., mit Postgebühren 1,92 Mk. — Die einzelne Nummer wird mit 15 Pf. berechnet. — Die Expedition ist an Wochentagen von früh 7 bis abends 7, an Sonntagen von 8<sup>1/2</sup> bis 9 Uhr geöffnet. — Druckstunden der Redaktion abends von 6<sup>1/2</sup> bis 7 Uhr. — Telephonruf 274.



**Insertionsgebühren:** Für die 5 gespaltene Korpuszeile oder deren Raum 20 Pf., für Privats in Merseburg und Umgegend 10 Pf. Für periodische und andere Anzeigen entsprechende Ermäßigungen. Komplexierter Satz wird entsprechend höher berechnet. Notizen und Bekleben außerhalb des Inseratenteils 40 Pf. — Eämtliche Annoncen-Bureaus nehmen Inserate entgegen. — Telephonruf 274.

## Tageblatt für Stadt und Land

(Amtliches Organ der Merseburger Kreisverwaltung und Publikations-Organ vieler anderer Behörden.)

Für die Redaktion verantwortlich: Rudolf Heine.

Gratisbeilage: „Illustriertes Sonntagsblatt“.

Druck und Verlag von Rudolf Heine, Merseburg.

Der Nachdruck der amtlichen Bekanntmachungen und der Merseburger Lokalnachrichten ist ohne Vereinbarung nicht gestattet.

Nr. 109.

Freitag, den 10. Mai 1912.

152. Jahrgang.

### Reichstag.

\* Berlin, 8. Mai.

Im Reichstag wurde heute zunächst bei gut besetztem Hause die Aussprache über die Wischenfrage in Afrika noch fortgesetzt. Es traten dabei auch heute wieder starke Meinungsverschiedenheiten hervor, und die Verhandlungen gestalteten sich zeitweise äußerst bewegt. Das Ergebnis war: Befähigung des Standpunktes, auf den die Budgetkommission sich gestellt hatte, also grundsätzliche Anerkennung der Gültigkeit von Ehen zwischen Angehörigen der weißen und der schwarzen Bevölkerung. In namentlicher Abstimmung wurde die 133 lautende Resolution der Budgetkommission mit 203 gegen 131 Stimmen angenommen; die Mehrheit der 103 Stimmen legte sich aus denselben Parteien zusammen, die in einem früheren Stadium der Etatsberatung, bei Anteil der Reichspostverwaltung, die bisher an die Befähigung in Polen und Westpreußen gewährte Stimmrecht niedergestimmt hatten, also aus Zentrum, Polen und Sozialdemokraten, denen sich bei der heutigen Abstimmung noch die Wirtschaftliche Vereinigung zugesellte.

Ein von den Abgeordneten Dr. Braband (Fortfchr. Bp.) und v. Richthofen (nl.) eingebrachter Vermittlungsvorschlag, auf den sich die gesamte Minderheit zurückgezogen hatte und der dahin ging, es sollten die geltenden Körpergesetze zu der Frage der Rassenmischung sich gutachtlich äußern, war damit gefallen.

Das gleiche Schicksal wurde dem Abänderungsantrag der Konservativen und der Reichspartei zuteil, der die Zulässigkeit von Anträgen im Anschluss an eine Interpellation von gewissen bestimmt festgelegten Vorbehalten, u. a. von dem Unterbleiben eines Eingreifens in schwebende Gerichts-, Verwaltungsgerichts- und Disziplinarverfahren, abhängig machen wollte; der Antrag wurde mit 228 gegen 67 Stimmen abgelehnt.

Gleichfalls abgelehnt wurde der Antrag der Reichspartei, diese Partei mittels Sinzzählung von 7 seiner Fraktion angehörigen Abgeordneten als selbständige Fraktion anzuerkennen, und zwar mit 188 gegen 146 Stimmen.

Darauf begann die Beratung des Etats des Reichsschatzamtens. Ein von den Sozialdemokraten gestellter Antrag, der die Härten bei Einteilung der Drissaffen beseitigen will, fand bei allen Parteien Unterstützung. Der Staatssekretär des Reichsschatzamtens Kühn erklärte, der Bundesrat werde auch weiterhin drei im Bedürfnisfall in höhere Klassen einreihen. Ebenso wurden

die vorgetragenen Wünsche zugunsten der Altpensionäre von den Rednern aller Parteien kräftig unterstützt.

### Abgeordnetenhaus.

\* Berlin, 8. Mai.

In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde die Vorlage betreffend Erweiterung des Stadtfreies Triers nach kurzer Debatte, in der Abg. Dr. Wredt (freiton.) sich gegen Redner der konservativen Fraktion und das Zentrum für die Vorlage ausgesprochen, an die Gemeindekommission verwiesen.

Die Wegetingungsvorlage wurde nach dem Kommissionsvorschlag nach kurzer Debatte unverändert angenommen.

Die Aussprache über die Besitzbefähigungsvorlage leitete der Minister für Landwirtschaft mit einer längeren Rede ein. Nach einem historischen Rückblick auf die Entwicklung der Landfrage in den polnisch gemischten Landesteilen, als deren charakteristisches Merkmal das Anwachsen der polnischen Besitz nicht nur in den Provinzen Polen und Westpreußen, sondern auch in den angrenzenden Landesteilen in den letzten Jahren sei, zog er aus dem auch in und nach den letzten Reichstagswahlen hervorgetretenen Bestreben der Polen, einen Staat im Staate zu bilden, um Zukunftsräumen nachzugehen, deren Verwirklichung nur bei einem gänzlichen Wiederbruch des preussischen Staates denkbar sei, den Schluss, daß es nach wie vor Recht und unabweisbare Pflicht der Staatsregierung sei, das Deutschtum in dem ihm aufgedrungenen nationalen Kampfe zu stützen. Ein Glied in der Kette der Maßnahmen zur Durchführung dieser Politik zum Schutze des Deutschtums bildet die Vorlage; ihr Zweck ist, die in den Ostmarken bewährte Methode zur Erhaltung des deutschen Besitzes in deutscher Hand auf diejenigen benachbarten Landesteile zu erstrecken, in denen das Volentum planmäßig vordringt, obwohl es dort gar nichts zu suchen habe. Im nationalen Interesse erwarte er die Zustimmung des Hauses.

Der konservative Redner Abg. v. Tresckow, sprach sich entschieden für die Vorlage aus und regte sogar die Ausdehnung auf Brandenburg an.

Umgekehrt erklärte der Zentrumredner zwar ein allgemeines Besitzbefähigungsgesetz für zweckmäßig, sprach sich aber gegen die Behauptung der nationalen Gesichtspunkte durch das Gesetz aus, fürchte davon auch eine Benachteiligung der Katholiken.

Das entgegengelegte Register zog Abg. Glagel (natl.), dagegen erhielt sich Abg. Wolff (Freil. Bp.) ablehnend. Ebenso sprach sich natürlich jeder Parteiführer lebhaft gegen die Vorlage aus.

Ihm trat wirksam der Abg. Bierck (freiton.) entgegen. Er begründete zugleich den Antrag der deutschen Abgeordneten der zweisprachigen Landesteile, die deutsche städtische Stadtbibliothek mit 5 Millionen M zu dotieren. — Ein Regierungskommissar sagte finanzielle Unterstützung dieser Kasse zu. Eine natürlich antideutsche sozialdemokratische Rede machte für heute den Schluss. Nach ihr vertagte das Haus die Verhandlung auf morgen.

### Die elsäß-lothringische Kammer auf Seiten der Grafenstadener Werte.

\* Straßburg, 8. Mai.

Wie in der Presse mehrfach erörtert, sind der Maschinenfabrik in Grafenstaden wegen der deutschfeindlichen Haltung ihres Direktors auf Veranlassung der preussischen und unter Mitwirkung der elsäß-lothringischen Regierung Staatsaufträge, deren jährlicher Betrag sich bisher auf mehrere Millionen M belief, entzogen worden. Es konnte nicht ausbleiben, daß sich die elsäß-lothringische Zweite Kammer mit dieser Angelegenheit befaßte. So natürlich das an sich ist, so bezeichnend ist es auch, wie die Kammer zu der Angelegenheit Stellung nahm. Sie hat sich auf die Seite der Grafenstadener Fabrik gestellt und der elsäß-lothringischen Regierung ihre schärfste Mißbilligung ausgesprochen. Auch wer bisher noch zweifelte, wird hier den Beweis dafür erbracht sehen, daß die Zweite elsäß-lothringische Kammer mit ihrer Mehrheit ultramontaner und sozialdemokratischer Vertreter den Partikularismus fördert und in Fragen von nationaler Tragweite unzuverlässig ist. Daß die Dinge im Reichstage nach der Verfassungsänderung diesen Lauf nehmen würden, war vorauszusetzen.

Ueber die Sitzung der elsäß-lothringischen Kammer wird folgendes berichtet:

Die zweite Kammer des elsäß-lothringischen Landtages beschäftigte sich am Dienstag in fünfstündiger Sitzung mit der Interpellation sämtlicher Fraktionen über das Verhalten der Regierung in der Angelegenheit der elsäß-lothringischen Maschinenfabrik in Grafenstaden. Die Debatte war äußerst hitzig, die Tribünenbesucher ließen sich sogar mehrfach zu Beifallsäußerungen hinreißen, so daß der Präsident drohte, bei Wiederholung die Tribünen räumen zu lassen. Es wurde eine Resolution einstimmig angenommen, wonach die Kammer auf das schärfste das Verhalten der Regierung mißbilligt und fordert, daß sie in Zukunft mit Nachdruck die elsäß-lothringischen Interessen vertrete, um damit ihr Verhalten wieder gut zu machen. Auch fand

### Im Klosterhof.

Roman von Anny Wolke.

<sup>32)</sup> Die Tante hatte von jeher Jugend und Schönheit gehabt, weil die Natur ihr selbst diese Vorzüge verlag. Da sie ihrer Schönheit wegen nicht beundert werden konnte, wollte sie, daß ihre Leistungen, ihre Arbeitskraft, Häuslichkeit und Tüchtigkeit Anerkennung fanden. Das war auch allgemein der Fall, es hielt aber die Tante nicht ob, verächtlich auf alle weniger praktischen Arbeiten herabzusehen und das Treiben schöner Künste geradezu für ein Verbrechen zu halten.

Als mein Vater um meine Mutter freite, soll es, da Tante Neutchen wußte, wie wenig meine liebevolle Mutter zu ihr paßte, zu argen Szenen zwischen Bruder und Schwester gekommen sein, und jahrelang soll Tante nach der doch erfolgten Verheiratung meines Vaters unser Haus gemieden haben. Das erfuhr ich aber alles erst später.

Damals hatte ich nur den Gedanken, meine liebe, gute Mama in den Augen der Tante zu rechtfertigen. Ich lernte bei meiner Mama sitzen. Meine erste Arbeit, ein Paar Pantoffeln sollte Tante Neutchen als Geschenk haben.

„Ich hatte es mit mir meinem phantastischen Köpfchen so ausgemalt, wie es sein würde, wenn Tante Neutchen strahlenden Auges die Pantoffeln empfing und ich dann stolz und glücklich sagen konnte: „Meine Mama hat es mir gelehrt, was Du so gut und schön findest!“

Wochenlang schlief ich keine Nacht, bis endlich der ersehnte Tag kam. Und als er endlich anbrach, und ich strahlend mit meiner ersten Handarbeit vor der Tante stand, da sagte sie mit einem unfagbar wegwerfenden Blick auf die Sammetpantoffeln: „Ja, ja, man merkt, daß auf dem Klosterhof nichts so tun ist! Anstatt ordentliche handfeste Strümpfe zu stricken, bringst Du die Zeit mit solchem Trödeltramp!“

Als sie in mein tief erschrockenes Gesicht sah, über das helle Tränen liefen, fügte sie hinzu:

„Tue mir die einzige Liebe, Anne-Dore, und sei nicht so empfindlich! Die Pantoffeln werde ich in den Glasschrank stellen, und Deine vornehme Mutter kann sie einst von mir erben!“

Ich schlich lautlos aus dem Zimmer.

Niemals habe ich zu jemand darüber gesprochen, wie die Tante das erste Geschenk eines Kindes angenommen hat, aber nichts auf der Welt hätte mich bewegen können, jemals der Tante wieder ein Geschenk, das ich selbst gefertigt, zu bieten.

Und dann kam eine Zeit, wo es dunkle Nacht im Klosterhof wurde, wo der schimmernde Sonnenstrahl der wie ein Märchenzauber durch das düstere Haus gegangen war, erlosch die Zeit, wo unsere geliebte Mama ihre schimmernden Augen für immer schloß.

Nicht pflücht, sondern still, langsam, wie ein Licht verflimmt, war sie dahingegangen. Einige Stunden vor ihrem Tode ließ sie mich zu sich rufen. Käte saß auf Mamas Bett und spielte zeichnend mit den braunen Locken der Mutter, Papa stand an Fußende des Lagers und blickte wehmütig auf die Gruppe. Es schien mir, als ob er geweint hätte.

Auf einen Wink Mamas nahm er Käte auf den Arm und trug sie hinaus.

Meine Mutter zog mich dicht zu sich heran und sagte zärtlich: „Meine liebe, kleine, meine vernünftige Anne-Dore, vielleicht rede ich heute zum letztenmal zu Dir! Gib schön acht, mein Liebling!“

„Nein, nein, Mama!“ schrie ich verzweifelt. „Du darfst nicht von uns gehen!“

Sie lächelte wehmütig und strich lieblosend über mein tränenerfülltes Gesicht.

„Sei versichert,“ sagte sie ablenkend, „daß ich im Geiste immer bei meinen lieben, kleinen Mädchen bin! Willst Du, meine liebe Verschwägernde, mir eine letzte Bitte erfüllen?“

„Ich nicht schluchzend, und Mama sagte zu mir: „Du bist alt und verständig genug, Anne-Dore, um zu begreifen, was ich Dir jetzt sage.“

Wenn ich nicht mehr hier bin, wird Dein Lebensweg hier im Klosterhof kein leichter sein. Tante Neutchen wird Dich und Käte erziehen, dem Papa die Wirtschaft führen, besser, als es eure arme Mama gekonnt, die so chandere Interessen als die des Alltagslebens hatte. Tante Neutchen ist gut, aber sie wird sich Mühe geben, Euch zu erziehen, wie Ihr in meinen Händen nie geworden wäret. Du bist still und ernst, hast eine energische Natur, einen tiefangelegten Charakter. Du wirst Dich eher in das Unvermeidliche fügen und mit der Tante auszukommen suchen. Deinetwegen bangt mir weniger, aber Käte, meine süße, kleine Käte, sie wird verkümmern unter der rauhen Hand der Tante, und sie wird niemals das werden, was ich immer so sehr gehofft — Pappas Sonnenstrahl!“

„Käte soll glücklich werden, Mama! Ich will ja alles für sie tun!“ rief ich feierlich. „Ich schwöre es Dir!“

Es war der Schwur eines Kindes, aber er warf doch einen Schein heiterer Hoffnungen auf das totenblasse Gesicht meiner Mutter.

„Meine liebe, kleine, meine tapfere Anne-Dore!“ sagte sie zärtlich, mich innig an ihr Herz ziehend, während Freudentränen ihre Wangen neigten. „Ich weiß, Du wirst Dein Versprechen halten! Der Segen Deiner Mutter wird Dir Kraft geben zu Deinem Werte!“

Es waren ihre letzten Worte, die sie zu mir sprach, und ich sah sie erst wieder, als sie unten in der großen weiten Halle im Sarge lag, liehlich lächelnd, wie ich sie immer im Leben gesehen.

(Fortsetzung folgt.)

ein von der Sozialdemokratie beantragter Zusatz, daß die Regierung in Zukunft „die Gefinnungsschnüffelchen“ unterlasse, eine Mehrheit.

Die Interpellation wurde vertreten von den Abgeordneten Marx (Genir.), Böhle (Soz.) und Burger (Lib.) Man machte der Regierung den Vorwurf, daß sie den vom preussischen Eisenbahnminister verlangten Bericht über die Beschwerden wegen einer deutsch-feindlichen Ertrömung in der Fabrik auf ganz einseitige Unterlagen hin verfaßt und dem Beschuldigten zur Rechtfertigung keine Gelegenheit gegeben habe. Es seien diese Beschwerden von Konkurrenten dieser Fabrik ausgegangen und man habe den deutschen Patriotismus zu wirtschaftlichen Zwecken benützt.

Unterstaatssekretär Mandel betonte, das Verhältnis unter den Bundesstaaten lasse nicht zu, daß derartige Anfragen abgelehnt würden. Die Berichte über das Verhalten des Direktors Heiler seien vom Bezirkspräsidenten und vom Kreisdirektor verfaßt, denen sie von der Regierung noch einmal zur genaueren Prüfung zurückgegeben worden seien. Zudem seien noch andere Personen um Auskunft befragt worden, die er aber nicht nennen könne. Direktor Heiler teile die beiden Vereine der Fabrik in völlig französisches Fahrwasser. Er habe die bisherigen Leiter der Fabrikfortbildungsschule entfernt, um den deutschen Schulinspektor nicht zur Kontrolle zu haben. Zwei junge Leute, die vor ihrer Aushebung in der Fabrik tätig waren, hätten sich nicht gestellt, seien vielmehr vor der Aushebung nach Frankreich gegangen, und hätten in der Fabrik in Belfort wieder Beschäftigung gefunden. Deutsche Arbeiter würden so gut wie gar nicht eingestellt. Unter den 2000 Arbeitern und Angestellten der Fabrik seien nur etwa vier altdeutsche Arbeiter und Angestellte. Die Berichte seien im Original nach Berlin gegangen, worauf der preussische Eisenbahnminister geantwortet habe, es seien aus Selbstschutz die Bestellungen einzuhalten, bis Wandel in der Fabrik geschloffen sei. Er (Unterstaatssekretär Mandel) sei vom Minister v. Breitenbach aufgefordert worden, zwecks Regelung der Angelegenheit mit der Fabrikleitung zu unterhandeln. Das sei geschehen, aber zu einer völligen Erledigung sei es nicht gekommen. Er habe erwartet, daß der Aufsichtsrat der Fabrik zusammentreten werde, um über den Vorschlag zu entscheiden, ob man die Aufträge des Ministeriums weiter bekommen und den Direktor Heiler entlassen wolle — es sei noch eine Wartezeit bis zu einem Jahr zugestanden worden — oder ob man auf die Aufträge verzichten wolle. Statt dessen sei die Entscheidung der Angelegenheit in der Ersten Kammer durch den Abg. Blumenthal fudgegeben worden, was als illoyales Verhalten der Direktoren der in Wilhelmshafen befindlichen Filiale bezeichnet werden müßte, da die Verhandlungen mit diesen Herren ganz geheim geführt werden sollten.

Gegenüber dem Vorwurf, daß dem Direktor Heiler zur Last gelegten Fehler sehr unbedeutend seien, betonte Staatssekretär Freiherr Jörn v. Bulaß, daß es sich teilweise wohl um Kinderlein handle, daß aber eine Fabrik, die für vier bis fünf Millionen Aufträge bekomme, dafür sorgen müsse, daß ihre Direktoren sich nicht in kindischen Demonstrationen und Taktlosigkeit gefallen.

Schmoller'sche Theorie und sozialdemokratische Praxis.

Merseburg, 9. Mai.

Die sog. Ideologen, die sich mit Politik befassen, bilden — unbenutzt — eine Gefahr für die politischen Anschauungen solcher Kreise, die auf das Urteil dieser Theoretiker etwas geben und das eigene Urteil danach modeln. Besonders sind es der Berliner Professor Schmoller, der Münchener Professor Brentano und der frühere Pastor Friedrich Raumann, welche mit ihren Theorien heillose Verwirrung anrichten. „Vom sichern Port läßt sich nichts genau raten“, wenn die Herren, statt über ihren Bischen zu sitzen, einen Fabrikbetrieb zu leiten hätten, würden sie in vielen Dingen wahrscheinlich zu ganz anderen Anschauungen kommen.

Kürzlich hat Professor Schmoller einen Aufsatz in der Wiener „Neuen Freien Presse“ veröffentlicht, der im Prinzip behauptet, die deutsche Sozialdemokratie sei im Grunde gar nicht so schlimm man möge sie nur zur praktischen Arbeit in den Parlamenten, in den Rathhäusern usw. heranziehen.

Darauf ist Schmoller verschiedentlich öffentlich geantwortet worden, und die „Neue Reichszeitung“ schreibt jetzt u. a.:

Zu dem Schmoller'schen Aufsatz in der „Neuen Freien Pr.“ liefert die Stellungnahme der Sozialdemokratie gegenüber den neuen Wehroorlagen eine höchst lehrreiche Illustration. Prof. v. Schmoller hätte in jenem Artikel, wie er des öfteren bereits getan, der zuverlässigsten Erwartung Ausdruck gegeben, daß die Sozialdemokratie bei richtiger Behandlung, worunter er namentlich Beteiligung an den Interessen und Aufgaben des bürgerlichen Staates versteht, von ihrem revolutionären Standpunkte allmählich abgebracht und der vaterländischen Sache gewonnen werden könnte. Mit der Behandlung der Wehroorlagen durch die sozialdemokratische Presse kann nun die Probe auf das von Professor v. Schmoller empfohlene Experiment gemacht werden. Denn selbstverständlich denkt niemand daran, die Sozialdemokratie zu hindern oder zurückzuführen zu wollen, falls sie etwa ehrliche Reue zeigen sollte, ihren bisherigen Standpunkt gegenüber den Forderungen für die Landesverteidigung aufzugeben.

Aber auch nicht die leiseste Spur einer solchen Reue ist zu erkennen. Das Zentralorgan der Partei hat gleich auf Anhieb sein Urteil über die neuen Forderungen für die Sicherheit des Reiches gesprochen: es sieht in diesen Forderungen weiter nichts als eine neue „Handbrot-Geldverflechtung“, die auf Verbreiten der „Panzerplatteninteressen“ und aller sonstigen „Muznieher“ unseres Militarismus erfolgen sollte. Der „Vorwärts“ ist gleichzeitig mit jener Gegenforderung aufgetreten, die er stets in solchen Fällen bereit hat: zur Förderung wirtschaftlicher Kulturwerke, so sagt er, und zur Hebung der Volkswohlfahrt seien keine Mittel disponibel. Das ist natürlich nichts als eine leere Ausflucht. Denn was hätte alle Förderung von Kulturzwecken alle Sorge für die Volkswohlfahrt für einen Sinn, wenn nicht die Sicherheit des Reiches nach außen und

die Erhaltung des Friedens verbürgt ist, soweit menschliche Kraft und Voraussicht sie verbürgen kann?

In dieser Stellungnahme des „Vorwärts“ liegt zugleich eine völlig abjagende Antwort auf jene optimistischen Ideen des Schmoller'schen Artikels. In diesem Falle wäre der Sozialdemokratie Gelegenheit gegeben, ihrerseits zu zeigen, daß auch sie für den nationalen Staat etwas übrig hat, daß auch sie an seiner Aufrechterhaltung positiv mitarbeiten will. Die Sozialdemokratie wird aber auch diese Gelegenheit vorübergehen lassen sie will unentgelt auf ihrem unbedingt ablehnenden Standpunkte beharren. Ihre Gegnerhaft gegen die Wehrmachtsausgaben geht sogar soweit, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion kürzlich durch einen ausdrücklichen Beschluß die Haltung der sozialdemokratischen Mitglieder der Budgetkommission des Reichstages, die in einer Sitzung vor Oftern die Position zur vorübergehenden Verstärkung der deutschen Schutztruppen in China einen Betrag von 650 000 M nicht bekämpft hatten, als unzulässig bezeichnet und die Fraktion zur Ablehnung dieser Forderung verpflichtet hat, weil sie eine notwendige Folge der ganzen Kolonial- und imperialistischen Politik sei. Schärfer kann die Ausschloßlosigkeit jener optimistischen Auffassung von der Möglichkeit einer Rückbildung des sozialdemokratischen Radikalismus allerdings nicht gekennzeichnet werden.

Das marokkanische Theater.

Paris, 7. Mai.

Man spielt uns auf dem marokkanischen Theater eine neue Komödie vor, die dritte seit Algerias. Die erste war eine angeblich unvorhergesehene, aber zweifelsohne bestellte und bezahlte Krawall in Casablanca, der als Vorwand zu bewaffneten Einschnitten und dauernder Besetzung der Schuaja-Pröving dienen mußte; die zweite wurde vor Jahresfrist inszeniert, als der Sultan Mulay Hafid, von seinen eigenen Untertanen in seiner eigenen Hauptstadt belagert, französische Hilfe ersuchte und den General Maunier an der Spitze einer starken Expedition nach Fez berief. Die dritte und neueste fündigt sich seit drei Tagen unter dem Titel „Abdankungsgelüste des Sultans“ an. Den Regierenden der Republik ist es, wie ihre Pflichten verpflichten, äußerst unerwünscht, daß der Maunierfürst eben jetzt wieder in Schwermetall und Neutrafinerie verfaßt, am Vorabend der Reise des Generals Maunier. Noch bedauerlicher erscheint ihnen die Tatsache, daß der Sultan sich betreffs seiner Thronerfassung auf die förmliche Zustimmung des Kabinetis Caillaux beruft, und einen geradezu schmerzlichen Eindruck hat auf Herrn Poincare die Entdeckung gemacht, daß Mulay-Hafid recht hat, daß ihm wirklich im Oktober vorigen Jahres seitens des Ministers de Selos die Erlaubnis zum Umzug nach Rabat und Eintreten des Falles sogar zum Rückzug ins Privatleben vertrieben wurde. Was ist nun zu machen? Die Offiziere sind ermächtigt, den verflochtenen Minister de Selos einen „Tüfel“ zu nennen, seine haarsträubende Unfähigkeit dem Unwillen der Nation zu denunzieren, dabei aber zu bemerken, daß die Unterdrückung dieses Tüfels seine Amtsnachfolger bindet, daß das „Wort der Republik“ verpöndet ist und daß Herr Poincare, wie schwer es ihm auch ankommt, das Pfand einlösen muß. Mit anderen Worten: man bereitet die öffentliche Meinung darauf vor, daß Mulay-Hafid unter starkem französischen Schutze nach Rabat gehen, die Herrscherwürde seinem Sohn, einem 10jährigen Knaben, abtreten und den bewährten El Motri als Reichserwähler einziehen wird, dem der General Maunier als Generalkommissar der Schutzmacht Frankreich mit gutem Rat zur Seite stehen soll. Selbstverständlich wird diese Neuordnung der Dinge einen allgemeinen Aufstand hervorrufen, zu dessen Unterdrückung der französische Generalkommissar der Reihe nach sämtliche Verhältnisse betrogen muß. Davon spricht man allerdings vorläufig noch nicht, wenigstens hier in Paris. In London dagegen — und das ist wieder einmal kennzeichnend für das franco-britische Komödientpiel — haben gewisse Blätter schon vor mehreren Tagen begonnen, als einzig mögliche Lösung des marokkanischen Problems die Eroberung seitens der Franzosen und die einfache Anglegerung an Algerien anzupropagieren. Wenn nicht ein unvorhergesehenes Hindernis auftaucht, dürfte das in der Tat der Ausgang des Abenteuers sein.

Die französische Marokkopolitik wird jo, wie wir seit einem Jahrzehnt beobachtet haben, von dem eigentümlichen Mißgeschick verfolgt, daß sie die von ihr übernommenen internationalen Verbindlichkeiten beim ersten besten Willen nicht respektieren kann. Di Verhältnisweise erweisen sich von Fall zu Fall härter als die Staatsflucht der Herren am Quai d'Orsay und sogar härter als ihre Vertragsstreue. In Algerias verdrängte Frankreich feierlich auf jede bewaffnete Einmischung in Marokko, aber die Zwischenfälle von Algerias machten solche Einmischung leider unvermeidlich. In der Februaraktion von 1909 wurde der Pakt von Algerias neu bestätigt, jedoch nur, um zwei Jahre später durch den „unvermeidlichen“ Vertragsmarsch nach Fez endgültig beseitigt zu werden. Jetzt droht dem Pariser Kabinett die fatale Notwendigkeit, auch mit dem deutsch-französischen Vertrag vom 4. November 1911 aufzuräumen. Derselbe war ebenfalls bestimmt, die Durchführung der Algeriasakte zu erleichtern. Nicht der Novembervertrag selbst, nur eine beigefügte Erläuterung nahm das französische Protektorat über Marokko in Aussicht.

Im übrigen befähigte der neue Pakt die alten Rechte der Neutralen und insbesondere diejenigen Deutschlands, das sich volle wirtschaftliche Gleichberechtigung ausbedung. Was wird von den betreffenden ebenso wichtigen wie zahlreichen Bürgschaften übrig bleiben, wenn Marokko einfach zur französischen Kolonie wurde? Die „Abdankung“ Mulay-Hafids hat ja augenscheinlich gar keinen anderen Zweck als die Zerreißung des Novembervertrages.

\* Madrid, 8. Mai. „Liberal“ meldet aus Fez die Bildung einer neuen Frankreich feindlichen Armee im Kasragbiet. Sie hat den Prinzen Mohammed als neuen Sultan an der Spitze und marschiert, 9000 Mann stark, auf Fez.

\* Paris, 8. Mai. In politischen Kreisen fährt man fort, außerordentliche Bedenken für die Vorgänge in Marokko zu

hegen. Besonders die Haltung des Sultans und seine Abdankungsabsichten erregen große Beforgnis.

\* Paris, 8. Mai. Eine Note der „Agence Haas“ befragt: Vom 10. d. M. ab werden ansehnliche Truppenverstärkungen nach Marokko entsandt werden, und zwar Infanterie, Kolonialinfanterie, Gebirgsartillerie, Fremdenlegionen, Chasseurs d'Afrique und jenseitige Schützen. Die Gesamtstärke der in den verschiedenen Gebieten befindlichen Truppen wird nach der Verstärkung 43 000 Mann erreichen.

Der Ueberfall auf die Farm Kenschhausen in Marokko.

\* Tanger, 7. Mai. Die Stimmung der bei der deutschen Firma Kenschhausen u. Co. gehörenden Farm stellt einen der sich in letzter Zeit häufenden Fälle systematischer Belästigung deutscher Schutzgenossen zum Schaden des deutschen Handels dar. Der hiesige deutsche Konsul Freiherr von Seidenberg hat energische Vorstellungen bei der französischen Gesandtschaft erhoben. Die französische Behörde hat daraufhin strenge Unteruchung des Vorfalls zugesagt.

Deutsches Reich.

\* Berlin, 8. Mai. (Sohnnachrichten.) Von Korfu wird unterm heutigen gemeldet: Se. Maj. der Kaiser begab sich heute vormittag nach herrlicher Verabshiedung von der griechischen Königsfamilie, und nach nochmaligem Besuch der Grabungsstätte, Mon Repos, an Bord der „Hohenzollern“. Mit dem Kaiser gingen Prinz und Prinzessin August Wilhelm, Prinzessin Victoria Luise und Gesolge an Bord. Die Spitzen der Behörden waren zur Verabschiedung am Landungsplatz erschienen. Das Publikum bereitete dem Kaiser herrliche Kundgebungen. Die Abfahrt der „Hohenzollern“ und der „Kolberg“ nach Genua erfolgte nachmittags 1 Uhr.

\* Karlsruhe, 8. Mai. Der Reichskanzler wird am Samstag vormittag um halb 10 Uhr in Karlsruhe eintreffen. Der Kaiser kommt eine Stunde später. Der Reichskanzler Freiherr Marjhall von Bieberstein wird jetzt auf seinem Gute Neuzershausen bei Freiburg i. B. ermartert, und es ist bestimmt anzunehmen, daß ihn sein Weg über Karlsruhe führt.

\* Köln, 8. Mai. Infolge der Ausschreitungen der ausländischen Rheinseiffner wird allen Rheinseiffnern auf Antrag Schutzbegleitung gewährt, und zwar von der Polizei in Duisburg, Düsseldorf, Köln, Bingen, Koblenz und Worms. Telegraphischer Antrag genügt. Alle anderen Flüsse werden polizeilich überwacht. Die Kapitäne haben sofort die Ausschreitungen zu melden, damit die Betreffenden verhaftet werden können.

Der neue Berliner Oberbürgermeister.

Die Frage, wer nach dem Rücktritt Oberbürgermeister Kirchner am 1. September d. J. das Stadthaupt von Berlin werden wird, ist entschieden worden. In ihren Fraktionsstimmen im Berliner Rathause haben die bürgerlichen Parteien mit Einmütigkeit beschloffen, den früheren Staatssekretär des Reichsschatzamtens v. Wermuth nach dem Rücktritt Kirchners zum Oberbürgermeister von Berlin zu wählen.

Das von Oberbürgermeister Kirchner an den Magistrat gerichtete Schreiben hat folgenden Wortlaut: „Sehr geehrter Magistrat! Nach erneuter Rücksprache mit dem Herrn Stadverordneten-Vorsteher und dessen Herrn Vertreter erkläre ich im Einverständnis mit den genannten beiden Herren (jüngst heute, daß ich mein Entlassungsgesuch vom 3. März wiederhole.“

\* London, 8. Mai. Ein angeblich inspirierte Meldung der „Daily News“ aus Berlin bejagt, Freiherr v. Marjhall werde mit dem besonderen Auftrage nach London gesandt, Deutschlands wirtschaftliche Interessen an der Endstrecke der Bagdadbahn zu sichern, wogegen Deutschland das politische Uebergewicht Englands im persischen Meerbusen anerkennen wolle. Ferner erhoffe man in Berlin von Marjhall's diplomatischer Gewandtheit einen Ausgleich der Gegensätze zwischen dem Dreieund und der Tripelentente.

Provinz und Umgegend.

\* Halle, 9. Mai. Der Fürstgrottag in Halle, der vom Herrn Oberpräsidenten für gestern, Mittwoch, nach dem „Grand Hotel Berges“ einberufen worden war, war von den Vorständen und den ärztlichen Beratern der Fürstgrottag stark bedrückt. Sämtliche Vortragende sprachen sich über eine Zusammenfassung der Wohlfaßereinrichtungen in entsprechenden Verträgen aus. Ebenso stellten sich auf diesen Standpunkt die Redner in der nachfolgenden Aussprache, wenigstens soweit die kleineren Städte und das Land in Frage kommen. Auch für die großen Städte ist die Zusammenfassung wünschenswert.

\* Halle, 8. Mai. Auf Anregung von Professor Brodnick wurde die Gründung eines Wirtschaftskollegiums für die Provinz Sachsen und Thüringen in Halle beschloffen, welches der Universität angegliedert werden soll. Die Vorarbeiten wird der Sächsisch-Thüringische Geographische Verein übernehmen.

\* Stapan, 8. Mai. In der hiesigen Gartenstadt sind für dieses Jahr drei Bauen geplant, nämlich für Professor Gocht, Dr. Grineberg, Lokomotivführer a. D. Feilner und Fabrikant Gölar aus Halle. Gegenwärtig wird Wasserleitung nach den betreffenden Grundstücken gelegt. Als Hochreferendar für die neue Leitung soll der alte, runde Schlossjurm des Kammerherrn von Trotha benützt werden.

\* Querfurt, 8. Mai. Der früher eßeldhüter Schelle hat sich gestern Abend erschossen. Die Veranlassung zu der Tat liegt in langem Leiden des bedauernswerten Mannes.

\* Bitterfeld, 7. Mai. Eine gemüthliche Fabrik hatte ein hier aufgestiegener Ballon, der am Sonntag früh bei Sonnenaufgang in die Nähe von Lautenbain gelangte. Bei völliger Windstille ging der Ballon jo niedrig, daß die Insassen der Gondel sich mit den Ortsbewohnern verständigen konnten. Sie wünschten auf einem Gutsboje Kaffee zu trinken, da aber dort eine Zwischenlandung sich doch nicht gut bewerkstelligen ließ, so führten Lautenbain'er Ortsbewohner den Ballon am Schlepptau bis nach Gösdorf. Dort wurde er am Schmiebambois befestigt, und die Zutischfeier begaben sich jeleeruhig zum Morgenkaffee. Nachdem man diesen getrunken, wurde die Gondel wieder befestigt, und unter dem heitern Jubel der zahlreich herbeigekommenen Dorfbewohner stieg der Ballon wieder in

die Lüfte, die ihn bei eingetretenem Morgenwind nach ge- nigerer Ballastabgabe allmählich den Blüten entführen. Eine so gemüthliche Ballonfahrt wird sicher zu den besonders bemerkenswerten Erinnerungen im Leben eines Luftschiffers gehören.

\* **Wittenberg, 7. Mai.** Als Direktor und Ephorus des hiesigen Kgl. Predigerseminars an Stelle des zum ordentlichen Professor an die Universität Greifswald berufenen bisherigen Direktors Lic. Dammann ist der bisherige Direktor des Kgl. Predigerseminars in Ostf. W., Lic. Jordan, vom Evangelischen Oberkirchenrat berufen worden.

\* **Teufelskufel, 7. Mai.** Von der Explosion auf Kalimer Krügershall wird von der Generaldirektion des Werkes nachstehende Darstellung gegeben: Der Vehrereverein Halle-Verden besichtigte in drei Abteilungen das Bergwerk. Die dritte Abteilung, aus 15 oder 16 Personen bestehend, wurde von drei Wertbeamten geführt, einem Fabrikleiter, einem Aufseher und einem Mhauer. An dem engen Eingangstollen zu einem Abbau wurde von den Beamten ein Luftbohrhammer vorgeführt. Einige Schritte davon entfernt stand eine etwa meterhohe, 1,10 breite Holzstiege, in der sich 20 Kilogramm Sprengladung befanden. Nach den Ermittlungen der Untersuchung war die Stiege vorchriftsmäßig verschlossen, so daß der Werkverwalter ein Verbot gegen die bergbaupolizeilichen Vorschriften nicht zur Last fällt. Auf irgend eine, höchstwahrscheinlich nicht mehr festzustellende Weise ist nun der Sprengstoff in Brand geraten. Es ist nicht ausgeschlossen, daß von der mitgeführten Magnesiasäure ein Feuerfunken durch ein Aufstoß oder durch eine Spalte des Deckels ins Riffeninnere gedrungen ist. Möglich ist es aber auch, daß die Sprengstoffmasse durch einen Zigarettenstummel oder durch ein hingeworfenen Streichholz in Brand gesetzt worden ist. Eine eigentliche Explosion hat nicht stattgefunden. Da gegen entzündeten sich in dem verhältnismäßig engen Raume, der noch dazu durch herabgefallenes Abbruchsgewölbe nach dem Abbau zu abgeperrt war, bei der erheblichen Menge Sprengstoff, heftige Stichflammen, auf welche die Verletzungen zurückzuführen sind.

**Localen.**

\* **Merseburg, 9. Mai.**

\* **Zehnten der Zeit.** Kürzlich wurde aus Löbejün, einer kleinen Landstadt bei Halle, gemeldet, daß sich um den freigewordenen Bürgermeisterposten sehr viele Bewerber — es waren wohl einige 80 — beworben hätten. Nach begrenzterter erscheint die Bürgermeisterstelle in Eckartsberg. Dort beträgt die Zahl der Bewerber 133; zur engeren Wahl sind ausgesiebt worden 4. — Wo bleiben die Farmer und Kaufleute für unsere Kolonien?

\* **Fernbahn Halle-Merseburg.** Ein Herr, der sich um die Lokal-Chronik Merseburgs sehr verdient gemacht, schreibt uns: Vor 10 Jahren Sonnabend den 10. Mai 1902, wurde die Elektrische Bahn „Merseburg-Halle“ eröffnet, nachdem der Betrieb auf der Strecke „Halle-Annendorf“ bereits einige Wochen zuvor begonnen hatte. Mit großer Freude wurde das neue Ereignis begrüßt. Wie angenehm und leicht ist dadurch die Verbindung mit der Nachbarstadt Halle geworden. Man ist an keine Zeit mehr gebunden, wie bei der Staatsbahn. Alle 15 Minuten geht ein Zug. Ist er aber gerade schon fort, wenn man an der Station kein „Taxi“ erhascht, so kann man, wenn man dort nicht warten will, friedlich seinen Weg gehen und läßt sich an einer Haltestelle einholen. Auch für die Stadterkehr nach dem Krankenhaus und Umgegend ist die Bahn eine Wohlthat. Vielen Arbeitern ist sie ein Beförderungsmittel zur Arbeitsstätte. Eine Anzahl Schulfrauen von den benachbarten Dörfern bringt die „Elektrische“ zur Schule nach Merseburg, die von der Station nur einen kurzen Weg bis zur Schule haben. Sehr willkommen ist die Bahn auch für allerlei Wanderungen nach Schloppau, Annendorf, Rosengarten usw., indem man einen Teil des Weges fahren kann. Bemerkenswert ist, daß im folgenden Jahre nach der Eröffnung der Elektrischen Merseburg-Halle, auch eine Automobil-Verbindung „Merseburg-Leipzig“ geschaffen wurde, die am 16. Dezember 1903 eröffnet wurde, sich aber nicht lange Zeit halten konnte. Dem möchten wir noch hinzufügen, daß die Verkehrs-Erleichterung und die große Annehmlichkeit, die die Fernbahn für die Einwohnerstadt Merseburgs geschaffen, leider nicht überall genügend gewürdigt wird. Auch wo sonst die A. G. bisher für Merseburg getan, verdient allgemein mehr Anerkennung zu werden, als es der Fall ist. Die Red. des Kreisbl.

\* **Zum Streit um die Kaliabwässer.** Die preußischen Verwaltungsbehörden zeigen in jüngerer Zeit das offensichtliche Bestreben einer weiteren Vermehrung von Chloraliumfabriken, sofern mit ihnen die Ableitung von Abwässern in die Saale oder ihre Nebenwässer verknüpft ist, entgegenzutreten. Der Merseburger Bezirksausschuß hat in den letzten Monaten alle Anträge auf Neukonzessionierung abgelehnt, und erst dieser Tage ist vom Ersturteil Bezirksausschuß die Genehmigung „Felsenfeld“, die in hundert eine Chloraliumfabrik errichten wollte, mit ihrem Antrage abgewiesen worden. Dieses Bestreben der preußischen Verwaltung, der weiteren Verjagung der Flußläufe einen Damm zu setzen, muß aber wirkungslos bleiben, so lange die thüringischen Kleinstaat und Anhalt in dem bisherigen Konzessionierungsverfahren keine Änderung eintreten lassen. Damit scheint es aber noch vorläufig gute Weile zu haben. So hat das Bernburger Kreisverwaltungsgericht gestern dem Antrage der neuen Gewerkschaft „Gripa“ und „Bernburg“ stattgegeben, und ihnen die Genehmigung zur Errichtung einer Chloraliumfabrik erteilt. Gegen das Urteil, in dem täglich 5000 Doppelzentner Kaliorohstoffe auf Chloralium und Nebenprodukte, wie schwefelsaures Kali, schwefelsaure Kalimagnesia und Kieserit, verarbeitet werden sollen, hatten die Magistrate Magdeburg, Merseburg und Calbe die Landwirtschaftskammer der Provinz Sachsen, der Bezirksausschuß Calbe und die Papierfabrik Brüder-Calbe sowie die Zuckerfabrik Calbe Einwendungen erhoben. Diese wurden jedoch sämtlich zurückgewiesen. Bestimmend hierfür war die Erklärung des Vertreters der Gewerkschaft, daß die Fabrik die Ableitung der Entwässer einfließen wird, sobald das Wasser der Saale eine höhere Härte als 35 Grad aufweisen sollte.

\* **Wieder ein heißer Sommer?** Dr. Richard Hennig, ein Meteorologe, führt u. a. aus: Die Feststellung, daß die vorhandenen Wetterlagen zur Zeit von einer sonst selten vorkommenden Befähigung sind, und zwar in allen Jahreszeiten, läßt den Rückschluß zu, daß wohl auch der bevorstehende Sommer den häufigen Witterungswechseln abgeneigt sein wird. Er dürfte in dieser Hinsicht dem vergangenen Sommer ähneln, der ebenso wie der nachfolgende Winter verhältnismäßig spät einsetzte, dann aber den Charakter der Jahreszeit in extremer Weise ausgeprägt zur Geltung brachte. Mit anderen Worten: die Wahrscheinlichkeit eines allermöglichen recht heißen und wahrscheinlich auch dünnen Sommers ist nicht als gering zu bezeichnen. Heiße Sommer brauchen keineswegs auch dürr zu sein, obwohl beide Eigenschaften verhältnismäßig oft vereint zu finden sind. Und auch dem Sommer 1912 muß man die Prognose stellen: falls wirklich dieselben Ursachen der Luftdruckverteilung wie im Vorjahre wieder Hitze bringen, so werden wir uns wohl auf eine gewisse Dürre gleichfalls wieder gefaßt machen müssen, wenn auch die durchaus beispiellose Trockenheit des Sommers 1911 nicht unbedingt eine Wiederholung zu finden braucht.

\* **Ein einfaches Sausmittel gegen Insektenflöhe.** Unangenehme Begleiter der Sommer sind die Insekten und des Aufenthaltes im Freien sind die Insekten und die Stiche, die sie hinterlassen. Besonders bei Kindern kann man diese Insektenflöhe sehr oft beobachten, und die armen Kleinen leiden sehr darunter. Weitens sehen diese Insektenflöhe schlimmer aus, als sie sind, treten sie aber in großer Masse auf, dann können sie zu Fiebererkrankungen Veranlassung geben, und sie sind überhaupt sehr unangenehm. Ein einfaches Mittel zur Verhütung dieser Insektenflöhe ist hier angegeben: Dieses Mittel hat zwei Vorzüge. Es hilft nämlich fast augenblicklich und ist in jedem Hause zu haben. Es handelt sich nämlich um nichts anderes als um gewöhnliche gelbe Wascheife. Bei Wundenflößen und selbst bei den Stichen von großen Fliegen, die im allgemeinen recht schmerzhaft sind und bedeutende Schwellungen verursachen, reibe man sofort nach dem Stich die verletzte Stelle der Haut mit der nachgemachten Seife ein. An Stelle der Anschwellung wird dann nur eine leichte Rötung und ein ganz geringes Jucken auftreten. Schon nach wenigen Minuten sind aber die Folgen der Insektenflöhe beseitigt. Hat man im Augenblick des Stiches die Seife nicht zur Hand, dann unterlasse man es nicht, sofort, wenn man nach Hause gekommen ist, die Stelle mit Seife einzureiben. Sind schon mehrere Stunden vergangen, dann wird man die Einreibung etwas frätlicher und länger vornehmen müssen. Der Seilungsprozeß dauert dann auch einige Stunden. Aber auch nach Stunden ist ein Erfolg als sicher anzunehmen.

**Bermischtes.**

**Leipzig, 8. Mai.** Aus der Vorigen Jahresausstellung ist Dienstag mittag ein wertvolles Bild von Ludwig v. Hoffmann, „Reiter am Meer“ gestohlen worden. Der Dieb ist unbekannt.

**Wien, 8. Mai.** In Verndorf hat sich heute der 15jährige Kaufmannslehrling Karl Grumböck vor die Automotiv eines Personenzuges gemeldet. Es wurde ihm der Kopf vom Knupp getrennt. In einem hinterlassenen Brief richt er an, daß er die Tat aus unglücklicher Liebe zu einem Lieblingen Mädchen begangen habe.

**Duisburg, 8. Mai.** Auf dem Dampfer „Sinnes 7“ wurde der Kapitän mit mehreren Stichwunden tot aufgefunden. Die Leiche wurde in Belschlag genommen, eine Untersuchung ist eingeleitet.

**Neustadt a. d. Saale, 8. Mai.** Die Frau eines hiesigen Fabrikanten hat gestern die Leichen des Mannes gefunden, und zwar drei Mädchen und einen Knaben, die sämtlich am Leben sind.

**Angsborg, 8. Mai.** Am Sonntag erkrankte sich wieder ein tödlicher Straßenbahnunfall, der zweite in dieser Woche. Die 72 Jahre alte Witwe Martha Link wurde von einem Straßenbahnwagen erkrast, zu Boden geworfen und sofort getötet. Sie hatte einen Schädelfraktur und schwere innere Verletzungen erlitten.

**Berlin, 9. Mai.** Am Bahnhof Friedrichstraße wurde gestern abend auf den Berlin-Königsberger D-Zug ein Schuß abgefeuert. Die Kugel ging durch zwei Fenster eines Abteils und zerrüttete diese, verlegte aber niemand. Der Täter konnte noch nicht ermittelt werden. — An Neubaustandigung ist auch in Berlin eine Anzahl Personen erkrankt und teilweise ist erkrankt, die die Sonneninfektion mit unbewaffneten Augen beobachtet hatten.

**Wiesbaden, 8. Mai.** Zu der Verhaftung des Grafen Leopold von Saldern wird weiter berichtet: Der Graf hatte vor einiger Zeit von einem Wiesbadener Geschäftsmann 2000 M erhalten gegen Absperrung eines Wechfels, dessen Disfionierung ein hiesiger Trainee übernommen hatte. Der Wechfel war am 7. Mai fällig. Zur Beschaffung des Geldes hatte sich der Graf an einen Geschäftsmann in Mainz genehmigt, den er herab der Summe durch hypothetische Eintragung auf das Fideikommiss Ringenmaße bewog, was gesetzlich unzulässig ist. Am Dienstag nachmittag hatte sich der Graf nach Mainz begeben, um den Geldmann abzuholen. Als die beiden sich auf dem Bahnhof in Wiesbaden einfanden, waren dort bereits der Wiesbadener Geschäftsmann und die Mutter des Grafen anwesend. Ehe jedoch das Geschäft abgemacht werden konnte, schritt der Kriminalkommissar ein und führte den Grafen ab. Ein zweiter Fall wird jetzt aus Landau in der Pfalz bekannt. Dort hatte der Graf, ebenfalls vor der Verhaftung, daß das Fideikommiss unbelastet sei, von einem Geschäftsmann 2000 M in bar und 2500 M in einem Akzept erhalten. Er soll einen Grundbuchauszug vorgelegt haben, der eine Belastung des Gutes nicht erkennen läßt. Der Landauer Herr erfuhr bei seinen späteren Erkundigungen von diesen Belastungen, und es gelang ihm noch das Akzept zurückzuerhalten, während die 2000 M verloren waren. Seit Bekanntwerden der Verhaftung des Grafen haben sich bereits zahlreiche Personen gemeldet, die durch die Machenschaften des Grafen geschädigt sind.

**Berlin, 8. Mai.** Durch einen tragischen Unfall wurde gestern einer Frau Lippich aus der Remeler Straße 46 ihr 7 Monate altes Kind entziffen. Sie fuhr mit diesem im Kinderwagen an einem Hause an Bedding vorbei, an dem ein Gerüst errichtet wurde. Als sie gerade unter einem Balken war, löste sich von diesem ein Ziegelstein und fiel dem Kinde auf den Kopf. Die Mutter eilte sofort zur nächsten Unfallstation. Zwar habe das kleine noch, doch konnte der Arzt keine Hoffung geben, da der Stein die dünne Schädeldäcke zerrüttet hatte. Auf dem Weg nach Hause starb das bedauernswerte Kind.

**Immenstadt, 9. Mai.** Infolge des gefrigen wolkenbrudartigen Regens sind die Flüsse über die Ufer getreten. Gefahren bestand auch der Soggeterth Entschonen-Immenstadt eingestürzt werden. Auf Werraabwärts bei Stein sind die Weiden längs der Saale zu überflutet, daß das Wasser bereits bis an die Schienen reicht.

**Geldschleppung.**

**Stuttgart, 9. Mai.** In dem Nordprozess gegen den 39 Jahre alten Gärtner Prommer, der im Januar d. J. als er wegen mehrerer Einbruchsdiebstähle verurteilt wurde, in der Nähe von Stuttgart auf seiner Verfolger niederstieß und tödlich verletzten, beschuldigten die Geschworenen die Schuldfrage auf Nord. Der Gerichtshof hat jedoch einstimmig zu der Auffassung, daß die Geschworenen sich mit ihrem Spruch zu Unrecht über den Angeklagten geäußert haben. Der Fall wurde infolgedessen auf einen neuen Schwurbericht verwiesen. Wegen zahlreicher schwerer Einbrüche erhielt der Angeklagte 15 Jahre Zuchthaus.

**Berlin, 8. Mai.** Am Raumbordprozess Trentler, der am Montag

vor dem Schurgericht begonnen hat, erklärten gestern die medizinischen Sachverständigen übereinstimmend, der Angeklagte leide an hochgradiger Lungenschwindsucht mit Blutsauswurf und sei für absehbare Zeit nicht verhandlungsfähig. Auf Antrag des Staatsanwalts und des Verteidigers beschloß der Gerichtshof, die Verhandlung auf unbestimmte Zeit zu versetzen und die Gerichtsakte zu beschaffen, den Angeklagten von Zeit zu Zeit zu untersuchen, um festzustellen, wann er wieder verhandlungsfähig ist.

**London, 7. Mai.** Das Kriegsgericht in Bangkok hat, 91 Personen der Verhängung gegen das Leben des Königs von Siam schuldig erkannt. 9 Offiziere wurden zum Tode, 20 Offiziere zu lebenslänglichem Gefängnis und 68 andere Personen zu kürzeren Gefängnisstrafen verurteilt. Der König hat die Todesstrafe in allen Fällen in lebenslängliche Gefängnisstrafen und die auf lebenslängliches Gefängnis lautenden Urteile in 20jährige Gefängnisstrafen umgewandelt.

**Kleines Feuilleton.**

\* **Münchener Hofbräu-Maibod.** Aus München, 8. cr., wird geschrieben: Die Maibod-Quelle im Hofbräuhaus ist heute mittag versiegt. Nicht ganz 8 Tage waren nötig, um mit den rund 1300 Hofbräuern fertig zu werden; noch einmal wird Hofbräuhauspächter Rittermüller einen Ansturm von Bodbräuern zu begannen haben, da traditionsgemäß für den Fronleichnamstag 120 Hofbräuerei reserviert sind. In der Filiale des Hofbräuamtes, im Restaurant Lohengrin, wird die Maibodquelle voraussichtlich noch bis Sonntag fließen; im Hofbräuhauskeller wird der Ausschank heute abend zu Ende gehen. Ingesamt wird in diesen Tagen hier in München rund 1500 Hofbräuerei Maibod verkauft worden. Daß die Maibodsaßen des Hofbräuhauses auch eine starke wirtschaftliche Bedeutung hat, geht daraus hervor, daß nach allen Herren Vändern, wo das Hofbräuhaus Vertreter hat, in Fässern und Flaschen Maibod verkauft wird; bis jetzt sind über 1700 Hofbräuerei nach auswärts verschickt worden. Der größte Teil davon ging nach Norddeutschland; ansehnliche Quantitäten sind aber auch nach Frankreich, Belgien Italien und Amerika abgegangen.

\* **Die Zigeuner im Rhöngebiet.** Seit einigen Tagen machen sich die Zigeuner wieder bemerkbar. Einzelne und in kleinen Banden durchstreifen sie die Wälderungen der Rhön und der Gegend von Fulda. Zahlreiche verwegene Einbrüche und Diebstähle verraten die Spuren ihrer Wege. Bei einem Einbruch in Hünfeld wurde ihre Spur entdeckt, und die ganze Ortsbevölkerung machte sich unter Führung des Barons Schenk aus Buchenau an die Verfolgung der Bande, unter der man den Mörder des Försters Romanus vermutete. Es kam zu einem regelrechten Kampf, wobei einer der Zigeuner, der diegegrachte und diegegrachte Ebender, durch einen Schuß aus dem Revolver des Barons schwer verletzt wurde. Trotzdem gelang es ihm, mit der ganzen Bande im Dichtsch zu verschwinden. Die Aufregung der Bevölkerung ist aufs neue im Steigen begriffen.

\* **Dorfst Afors Testament.** Aus Neuzort wird gemeldet: Nach dem veröffentlichten letzten Testament des bei der „Titanic“-Katastrophe ertrunkenen Obersten Afors, das im vorigen September aufgefunden war, übersteigt der Nachlaß 300 Millionen M. Der Sohn des Verstorbenen, Vincent Afors, ist der Haupterbe; der Rest ist der jungen Witwe und der Tochter des Obersten aus seiner ersten Ehe ausgefällt. Die Witwe verliert jedoch ihren Anteil im Falle der Wiederverheiratung. Die erste geschiedene Gattin erhält nichts, und 120 000 M an seine alte Schule sind das einzige Vermächtnis des Obersten zu guten Zwecken.

**Jetzt heiraten?**

„Ausgerechnet jetzt, wo alles so teuer ist, die Butter, das liebe Brot, das Fleisch, die Milch, die Kartoffeln? Kinder, daraus wird nichts. Heute habe ich für das Pfund Butter 1,50 M bezahlen müssen; wenn sie mal wieder so um eine Mark herum kostet, dann läßt sich darüber reden, dann find bessere Zeiten.“ Wenn eine zukünftige Schwiegermutter in diesem Tone anfängt, kann gebe man ihr folgendes zu bedenken: Allerdings kostet das Pfund Butter jetzt 1,50 M. Aromin ist aber 1/3 billiger und ist besser als die meiste Butter. Aromin ist etwas ganz feines; bettes, schmeckweites raffiniertes Pflanzenfett wird mit frischer süßer Vollmilch nach einem neuen Verfahren so iunig verbuttert, daß es wirklich zu Butter wird. Nicht nur, daß es schäumig und bräunt, nein, es hat auch den ganzen feinen Buttergeschmack; es ist auch, wenn man es zum Brot isst, von allerbesten Molkebuttern nicht zu unterscheiden.

Allerdings verlangt das Geseß, daß auch Aromin als Margarine bezeichnet wird, wie jedes butterähnliche Fett, welches nicht allein aus Milch hergestellt ist. Aber wie es dem Geseß nach genannt wird, ist ja schließlich gleich, wenn es nur gut und schmeckt. Das aber trifft bei Aromin zu. Laut Gutachten eines vereinigten Nahrungsmittelmessers ist es ein „im Vergleich zur Naturbutter bisher unerreichtes Produkt.“

Wer sich überzeugen will, mache folgende Probe: Man stelle eines Morgens, ohne es vorher zu verraten, Aromin statt Butter auf den Frühstückstisch. Niemand, der davon isst, wird auf den Gedanken kommen, etwas anderes zu essen, als eine besonders frische gute Kleebutter. Wie vorzüglich Aromin im Geschmacks und für den Küchengebrauch ist, geht daraus hervor, daß es sich in wenigen Tagen in fast sämtlichen ersten Geschäften eingeführt hat und daß auch das bessere Publikum, bei dem der billigere Preis keine Rolle spielt, sondern welches nur auf gute Qualität sieht, es eifrig kauft.

Es geht weiter hervor aus den zahlreichen Anerkennungs-schreiben, die aus allen Kreisen des Publikums täglich bei den Aromin-Werten einlaufen. Da fast jedes hiesige bessere Geschäft Aromin führt, so ist ein Versuch leicht zu machen. Die Aromin-Werte O. m. b. S., Berlin SW. 68/196 A haben aber dafür gefordert, daß man ihn auch machen kann, ohne vorher zu kaufen. Man schreibe unter obiger Adresse einfach eine Postkarte, daß man Aromin gern kennenlernen möchte und man erhält zugleich eine Probe gratis zugemessen, desgleichen ein Verzeichnis aller hiesigen Verkaufsstellen. Also kein Geld mitbringen, sondern einfach Probe verlangen, weiter ist nichts nötig. Der Versand solcher Gratisproben erfolgt nur noch kurze Zeit.

**Amtliche Bekanntmachungen.**

**Bekanntmachung.**

Landespolizeiliche Anordnung, betr. die Einfuhr von Klauenwied aus dem Großherzogtum Oldenburg.

Mit Rücksicht auf die zur Zeit bestehende Gefahr der Einschleppung der Maul- und Klauenpest aus dem Großherzogtum Oldenburg wird auf Grund der §§ 19 bis 20 des Viehsechgesetzes, betreffend die Abwehr und Unterdrückung von Viehseuchen vom 23. Juni 1880/1. Mai 1894 (M.-G.-Bl. S. 153/409) mit Genehmigung des Herrn Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten für den Umfang des Regierungsbezirks Merseburg folgendes angeordnet:

§ 1.

Klauenwied (Ämder, Schafe, Ziegen, Schweine), das aus dem Großherzogtum Oldenburg in den Regierungsbezirk Merseburg eingeführt wird, ist, wenn es mit der Eisenbahn oder zu Schiff eingeführt wird, bei der Entladung, wenn es auf dem Landwege eingeführt wird, in der ersten berichtigten Ortschaft des Regierungsbezirks Merseburg einer amtstierärztlichen Untersuchung zu unterziehen. Der Besitzer oder Führer des Viehtransportes hat 24 Stunden vor dem Eintreffen des untersuchungspflichtigen Viehs dem zuständigen Kreisierarzt Anzeige zu erstatten und darf das Vieh nicht eher von der Entladestelle oder aus der Ortschaft, in der die Untersuchung vorgenommen werden soll, entfernen, bis diese stattgefunden hat.

§ 2.

Das aus Oldenburg eingeführte Klauenwied ist am Bestimmungsort in abgeforderten Stallräumen unterzubringen und für die Dauer von 8 Tagen der polizeilichen Beobachtung zu unterwerfen. Ist eine Unterbringung des Viehs in gebundenen Stallräumen nicht möglich, so ist die polizeiliche Beobachtung auf das gesamte, in den Ställen untergebrachte Klauenwied auszu dehnen.

§ 3.

Ein Wechsel des Standort des unter polizeiliche Beobachtung gestellten Viehs ist verboten. Die Ausfuhr des Viehs zur Abchlachtung ist während der Beobachtungsfrist unter den für die Ausfuhr von Vieh aus Beobachtungsgebieten geltenden Bedingungen mit polizeilicher Genehmigung gestattet.

§ 4.

Nach Ablauf der achtstägigen Frist ist das der Beobachtung unterliegende Vieh amtstierärztlich zu untersuchen. Wenn die Untersuchung die Unverwundbarkeit der Tiere ergibt, ist die Beobachtung aufzuheben.

§ 5.

Für das aus dem Großherzogtum Oldenburg zum Zwecke sofortiger Abchlachtung in öffentliche Schlachthäuser eingeführte oder auf Schlachtmärkte aufgetriebene Klauenwied greifen die Vorschriften über die abgeforderte Aufstellung und die polizeiliche Beobachtung (vergl. § 82) nicht Platz. Das auf Schlachtmärkte aufgetriebene Klauenwied darf jedoch von den Schlachtmärkten nur zur Schlachtung oder zum Auftrieb auf andere Schlachtmärkte abgetrieben werden.

§ 6.

Für die Behandlung der aus Beobachtungsgebieten des Großherzogtums Oldenburg eingeführten Viehs bleiben die besonderen, bei der Ausfuhr solchen Viehs vorgeschriebenen Bedingungen maßgebend.

§ 7.

Die Kosten für die amtstierärztliche Untersuchung sind von dem Einführenden zu zahlen. Sie be-

tragen für am Wohnorte des Tierarztes oder in einer Entfernung von weniger als 2 km vom Wohnort stattfindenden Untersuchungen für Kühe, Stiere und Ochsen 1,50 M., das Stild, für Jungvieh 1 M., das Stild, für Kälber 0,20 M., das Stild, für Ziegen und Schafe 0,10 M., das Stild.

Für in einer Entfernung von mehr als 2 km vom Wohnorte des Tierarztes vorgenommene Untersuchungen gelten die Vorschriften unter II-V des Tarifs, betr. Gebühren für die Untersuchung von Beobachtungswied vom 2. August 1911 (Amtsbl. S. 297).

Für die Untersuchung von Schweinen gilt der Gebührentarif vom 1. Februar 1910 zu der landespolizeilichen Anordnung, betreffend den Handel und Verkehr mit Schweinen vom 24. Dezember 1909 (Amtsbl. S. 34).

§ 8.

Zu widerbehandlungen gegen die vorstehenden Bestimmungen unterliegen sofern nach dem Reichs-Strafgesetzbuch nicht eine höhere Strafe verwirklicht ist, den Strafvorschriften der §§ 66 und 67 des Reichs-Viehseuchengesetzes vom 23. Juni 1880/1. Mai 1894.

§ 9.

Diese Anordnung tritt mit ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt in Kraft. Ihre Aufhebung wird erfolgen, sobald die im Eingange bezeichnete Seuchengefahr beseitigt ist. Merseburg, den 7. April 1912.

Der königliche Regierungs-Präsident. G. E. S. D. r. o. f. f.

**Bekanntmachung.**

Für den Umfang des Regierungsbezirks Merseburg wird der Beginn der Schonzeit für Fasanenjahne auf Sonntag den 18. Mai 1912 festgesetzt.

Bezüglich des Beginns der Schonzeit für Wild- und Faseljähne bleibt es für 1912 bei dem gesetzlichen Termine (1. Juni).

Merseburg, den 30. April 1912.

Der Bezirks-Anschuh zu Merseburg.

Merseburg, den 6. Mai 1912.

Der königliche Landrat.

J. B. Gerber.

**Bekanntmachung.**

Der Landwirt Otto Volkhardt in Ellerbach ist zum stellvertretenden Vertrauensmann der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft für den Gemeindebezirk Ellerbach und die bis zum 31. Dezember 1915 dauernde Wahlperiode gewählt worden.

Merseburg, den 6. Mai 1912.

Kreis-Anschuh Merseburg.

Sektion der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft für die Provinz Sachsen.

J. B. Gerber.

Im Grundstück Halle'sche Straße Nr. 19 hier sind zum 1. Oktober d. J. die bisher von dem Kaufmann Max Fettsche innegehabten Räume (ehemalige Schneidemühle, Lager- und Schuppen) anderweit zu vermieten.

Reflektanten erbitten nähere Auskunft im hiesigen Magistratsbureau. Merseburg, den 3. Mai 1912.

Der Magistrat.

**Bekanntmachung.**

Durch Beschluß der städtischen Behörden vom 29. April 1912 ist folgender

**Nachtrag**

zu der Beschließ-Ordnung für das städtische Krankenhaus. Für die selbstgewünschte Allein-

benutzung eines Doppelzimmers erster Klasse sind zu entrichten von Einheimischen 8 M., Auswärtigen 10 M.

Merseburg, den 29. April 1912.

Der Magistrat. gez. Dr. Haack, Dr. Hauswald, Barth, Blauenburg, Berger, Ziehe, Schmidt, Behne.

Die Stadtverordneten-Versammlung. gez. Grempler, Teichmann, Eichardt, festgesetzt.

Diesen Nachtrag bringen wir hiermit zur öffentlichen Kenntnis. Merseburg, den 2. Mai 1912.

Der Magistrat.

**Tageordnung für die Sitzung der Stadtverordneten, Montag, den 13. Mai 1912, abends 6 Uhr.**

1. Entlastung der Rechnung: a) der Waisen- und Waisenkasse der städtischen Beamten und Lehrer für 1909.

b) der gewerblichen Fortbildungsschule für 1910.

c) des Fleischbeschauamtes für 1910.

d) des Volksbades für 1910.

2. Beschluß des Stadttages der Provinz Sachsen und des Herzogtums Anhalt.

3. Beheizung einer Gaslampe im St. Sigi-Hospital durch den Aufseher gegen eine jährliche Entschädigung von 10 M.

4. Erhöhung des Kredits der Pfandleihanstalt bei der Sparkasse von 30 000 M. auf 35 000 M.

5. Entnahme von 21 128,85 M. Zuschüsse zu den verschiedenen gemeinnützigen Anstalten der Stadt aus den Zinsüberschüssen der städt. Sparkasse für 1911.

Merseburg, den 7. Mai 1912. Der Stadtverordneten-Vorsteher. Grempler.

Unter den Schafen des Rittergutes Maschwitz ist die Mäule erloschen.

Niederelobian, den 8. Mai 1912. Der Amtsvorsteher Vogel.

**Private Anzeigen**

Beize ergeben an, daß ich den **Alleinverkauf und Depot** der

**Deutschen Sektellerei**

J. G. G. Heißel u. Co. Bingen a. Rh.

für Merseburg und Umgegend übernommen habe und deren Spezialmarken zu **Originalpreisen** verkaufe. (596)

Gebr. Schwarz Nachf.

Inh. Dr. phil. G. Rudolf Schubert, Merseburg o. S.

Nr. Ritterstr. 12. Fernspr. 268.

**Wehrkraftverein**

**Jugenddeutschland.**

Sonntag, den 12. Mai d. J. Ausflug nach Köthen zur Besichtigung des Alpengartens. Auf dem Rückwege wird eine Nebung veranstaltet. Sammelplatz: 2 1/2 Uhr Nachm. Jahnereistraße.

Rückkehr: etwa 7 Uhr Abends. Weiße Armbinden sind anzulegen, die Wiederbänder mitzubringen. Nach Rückkehr werden an diejenigen Mitglieder, welche den Bedingungen entsprechen haben, Ostmeine auf **Jugenddeutschland-Hüte** ausgegeben.

Both, Hauptmann.

H. Schnee Nachf.

Erstklassiges Spezialgeschäft für Strumpfwaren und Trikotagen. Halle a. S. Gr. Steinstr. 84.

Advertisement for **Karl Zänzer**, a specialist business for linens and cotton goods. Located at Entenplan 7, Merseburg. Offers high quality goods at low prices. Contact: Fernspr. 259.

Advertisement for **MAGGI Bouillon-Würfeln**. High quality bouillon cubes, 5 pieces for 5 Pfennig. Available at C. L. Zimmermann, Wein und Delikatessen, Burgstr. 20.

Advertisement for **Wentenguts-Gesellschaft Merseburg, e. G. m. b. H.**. Invitation to a general assembly on Saturday, May 11, at 8 PM. Agenda includes financial reports and election of a board.

Advertisement for **Nabatt-Spar-Verein Merseburg u. Umgegend G. V.**. Invitation to a general assembly on Wednesday, May 13, at 8 PM. Agenda includes financial reports and election of a board.

Advertisement for **Deutscher Sektellerei**. Special offer on wine and champagne. Contact: Gebr. Schwarz Nachf., Merseburg o. S., Ritterstr. 12.

Advertisement for **BAD ELSTER**. A spa resort with mineral water, swimming pool, and various amenities. Located near Halle.

Advertisement for **Markt Nr. 10**. Real estate offer for a property with a garden. Contact: G. Weber, Oberbreitestr. 23 I.

Advertisement for **Ms Blätterin**. A service for printing and binding. Contact: G. Weber, Oberbreitestr. 23 I.

Advertisement for **Bessere Kostüme** by **Otto Dobkowitz**. Fashionable suits and jackets at low prices. Located at Entenplan 11.